

Einfluss von weltlicher Volkstreu, das wir an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes stehen. Von Frieden, den uns der Reichstag bringt, können wir aber die Herren Ober und Weidemann nicht. Eine ihrer ersten Taten war, Adolph Hoffmann an die Spitze des preussischen Kultusministeriums zu stellen. Dieser erachtet jedoch die von dem jetzigen sächsischen Volksbeauftragten, Duda, erlassene Verordnung über das Verhältnis von Kirche und Staat. Duda habe die Schulangelegenheiten durchgeföhrt, ohne irgendwelche konfessionellen Religionsunterschiede zu berücksichtigen. Die konfessionellen Religionsunterschiede zu berücksichtigen, bedeuten in Preussen, wie positiv zu verfahren ist, ist seit Württemberg. Keine Partei kämpft für die Erhaltung der kirchlichen Grundzüge. In Staat, Familie und Schule. Reichstagsminister Dr. Bell: Der Minister des Innern ist in dringenden Angelegenheiten nach Berlin berufen worden und hat leider wegen der Reichstagsferien nicht rechtzeitig erscheinen können. Ich habe im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben: Das Reich besitzt gegenwärtig keine Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswezens. Die Regierung kann deshalb nicht gegen etwaige einzelstaatliche Eingriffe in die Regelung des Religionsunterrichts Stellung nehmen. Unzweifelhaft ist die Reichsregierung in der Lage, die Angelegenheiten über das Unterrichtswezen auszunutzen und wird bei Beratung der Reichsversammlung zu prüfen sein. Ad. Hoffmann (Soz.): Bei der Behandlung dieser Angelegenheit hat sich die ganze Ueberzeugung und Herrschaft der kirchlichen Kreise gezeigt, denen große Teile des Volkes feindlich gesinnt sind. (Lärm und Widerspruch.) Wir geben daher ohne weiteres zu, daß die einzelstaatlichen Eingriffe in den Religionsunterricht unzulässig und vielfach taufel waren, zum Teil auch unheimlich, weil sie der Volkstretung vorgariffen. Das einzelstaatliche Eingreifen entsprang aber letzten Endes der langen und schweren Gemütsnot weiter Volkstret. Wir verlangen volle Gewissensfreiheit. Unser Ideal ist dabei die Menschlichkeit im Sinne von Lessings Nathan. Eine Uebergangszeit ist jedoch notwendig. Ad. Wauzsch (Zent.): Wir haben ein tieferes Bild von den kirchlichen einzelner Mitgliedern erhalten und wollen, daß der Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirche ein Teil des Lehrplans der Volksschule sei. Das Reich ist allerdings nicht zuständig. Aber eine freundschaftliche Einwirkung wäre notwendig. Adolph Hoffmann würde Deutschland durch seine Erlaß dem vollen Untergang entgegengeföhrt haben. Gesichtspunkte des inneren und äußeren Friedens mahnen und in der Kirchen- und Schulfrage zu großer Vorsicht. Darauf werden die Verhandlungen auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

Ad. Weiß (Demokr.): Die Regierung hat recht, wenn sie sich für unzuständig erklärt. Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne lösen. Wegen der Mängel des Religionsunterrichts, die ich durchaus nicht bestreite, soll man sich aber nicht auf der Schule herausnehmen, sondern an seiner Reform arbeiten. Ohne religiöse Kenntnisse und Erziehung können wir unsere Jugend nicht lassen. Gerade der Gedanke der Einheitschule würde sehr darunter leiden, wenn die religionslose Schule viele Eltern nötigte, ihre Kinder in religionslose Privatschulen zu schicken. Müssen ein festes, männliches, freigeistiges, aber auch fromm empfindendes Geschlecht ertragen werden, welches das Ererbte erforcht und das Unerforschbare ruhen läßt. (Beifall bei den Demokraten, rechts und im Zentrum. Redner wird von vielen Seiten begrüßt.) Ad. Köpcke (Deutschl.): Die Erklärung der Regierung war für uns in keiner Weise genügend. Wir fordern die kirchliche Volksschule und den kirchlichen Unterricht. Man soll den Religionsunterricht auch nicht den kirchlichen Geistlichen und nicht dem Staat nehmen. Versuchen Sie nur hineinzubringen in die Tiefen des Volkslebens, und Sie werden hören, daß die Religion für weite Volkstret noch immer das heiligste und teuerste ist, das angestanden niemand sich unterfangen sollte. Wenn wir herauskommen wollen aus dem furchtbaren Elend dieser Zeit, aus dem Nihilismus, in dem wir waten, so kann das nur geschehen von innen heraus, durch innere Werte, vor allem durch die Religion. Schon wäre es, wenn in der Reichsversammlung die Sicherungen für Kirche und kirchliche Schule, für Religion und Christentum niedergelegt werden könnten und wenn die Regierung für diese Fragen ein größeres Interesse und zwar ein wohlwollendes finden könnte. Ad. Kunze (D. V.): Die Religion darf nicht zu einer Parteifache herabgesinken. Sie ist das größte und heiligste Volksgut, das es gibt. Der Religionsunterricht sollte an erster Stelle in der Volksschule stehen. Wir wollen Gewissensfreiheit für den Lehrer und das Kind sowie Freiheit der Schule von der geistlichen Aufsicht. Ein Entschloß paßt uns alle über die heutige Verfassung. Aber wir haben die Zustimmung nicht durch Parlamentsbeschlüsse und Kommandobefehle, sondern nur durch eine religiöse Erziehung. Ministerpräsident Scheidemann: Wie waren für heute Vormittag auf die Fortsetzung der Sozialreformdebatte eingerichtet. Daher kommt es, daß der Minister des Innern nicht zur Stelle war. Wir haben nicht die geringste Absicht gehabt, etwa Obstruktion zu machen. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß diese Fragen zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören sollen, dann finden Sie meine volle Zustimmung. Ad. Frau Hies (Unabh.): Die Resolution hat fast eigenen Redes in einzelnen Bundesstaaten Verwirklichung der Schule durchgeföhrt. Wir verlangen die Einheitschule, die eine weltliche Arbeitsschule sein soll. Wir stellen der Religion die große herrliche Weltanschauung des Sozialismus entgegen. Wir denken nicht daran, damit irgend einen Gewissenszwang ausüben oder die Gewissensfreiheit antasten zu wollen. Wollen die Eltern ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen, so kann das außerhalb der Schule geschehen. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 3 Uhr. Sozialreformgesetz, Kohlenwirtschaftsgesetz. Schluß 5 1/2 Uhr.

Sitzung der Sächsischen Volkstammer.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen drei Anträge über die Neugestaltung der Kreis- und Bezirksverwaltungen, über die Neugestaltung und Wahl der Gemeindeverbände und Gemeindevorstände, sowie der Kreisräte und über die Umgestaltung der Verwaltung der Gemeinden. In der Begründung des ersten Antrages vertritt Ad. Scherz (Soz.), daß die Kreis- und Bezirksverwaltungen aus Vertretern der bestehenden Klasse bestehen, was aber aus Vertretern der Mittel- und Arbeiterhandes. Es sei daher ein Gesetz notwendig, welches allen Schichten der Bevölkerung die Teilnahme an Behörden sicherkelt. In der darauf folgenden Begründung des zweiten Antrages schildert Ad. Wilde (Soz.) die Mängel der alten Gemeindeverwaltung und schlägt vor, die Klasseneinteilung der Wähler abzusuchen und die Wahl der Gemeindeverbände und Stadträte zeitlich zu beschränken, so daß deren Wahl nicht mehr auf Lebzeiten erfolgen kann. Den dritten Antrag begründet Ad. Müller-Weipzig (Unabh.), indem er darlegt, daß dieser Antrag zu einer gesunden Gemeindepolitik führe und von der Regierung hierzu eine schnelle Entscheidung wünschig. Die Regierung erklärt sich nun durch ihren Vertreter, Ministerialdirektor Schumler zur Ausdeutung eines Bescheidens über diese Fragen bereit, da sie anerkenne, daß im freien Wahlen auch den Gemeinden eine freie Selbstverwaltung zugesprochen werden muß. In der nun folgenden Ausprache nimmt Ad. Müller (D. V.) im allgemeinen den Anträgen zu, warnt aber in Anbetracht unserer schwierigen wirtschaftlichen Lage vor einer Ueberstürzung. Dr. Roth

(Dem.) nimmt den beiden Anträgen auf Neugestaltung der Kreis- und Bezirksverwaltungen und auf Zusammenfassung der Gemeindeverbände und Kreisräte zu und erteilt Ad. Müller (D. V.) während Ad. Scherz (Soz.) nur dem ersten Antrag seine Zustimmung gibt, und vorläufig die anderen beiden Anträge dem Bescheidungsamt zu überweisen. Nachdem noch Ad. Denaubard (Unabh.) und Ad. Müller-Weipzig (Unabh.) unwesentliche Erklärungen abgegeben haben, wird bei Anwesenheit von etwa 20 Abgeordneten dem Vorhause Vogelzucht zugestimmt und die Sitzung um 6 Uhr abends geschlossen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 12. März, nachmittags 1 Uhr, statt.

Zur Lage.

Zwei Tage in Berlin. Der Oberbürgermeister von Paderborn unterbreitete dem Reichswehrminister das Ersuchen, die Aktion der Regierungstruppen einzustellen. In den angebotenen Bedingungen gehörte die Kustellung einer Volkstret, in die auch geistliche Spzialisten einziehen sollten. Ferner wurde der Austausch der Gefangenen und völlige Straflosigkeit für alle während der Kämpfe in die Hände der Regierungstruppen gefahren und auch sonst an den Kämpfen beteiligt gewesen Spzialisten gefordert. Der Reichswehrminister hat dem Bürgermeister und der Bürgerchaft von Paderborn die größte Schwere der Stadt zugesichert. Eine Einstellung der vor ihrer Beendigung lebenden Operationen könne jedoch gerade um der Bevölkerung willen nicht erfolgen. Bismarck müsse endgültig auf dieser Stützpunkt der Spzialisten gereinigt werden, damit die Bevölkerung der Stadt Paderborn dauernd ihrer kirchlichen Beschäftigung nachgehen könne. Die geistlichen Abendblätter melden: Die Spzialisten räumen seit heute morgen die Paderborner Stellungen. Sie haben einseiden, daß sie sich zwischen zwei Feuer befinden und nicht die geringste Aussicht haben, den Kampf mit Erfolg weiter zu führen. Sie haben in den dortigen Partisanen Maschinenwende und Panzaranaten liegen lassen, zum Teil auch Gewehre und verfahren jetzt in westlicher Richtung zu entkommen. Infolgedessen ist an der Oberbaubridge eine Sperre eingerichtet worden, an der jeder Passant gründlich untersucht wird. Die Truppen rückten gestern vormittag in breiter Front zwischen der Panzaranaten und Frankfurter-Allee vor und werden im Laufe des Tages jedes Haus sorgfältig auf Waffen durchsucht. Gegenwärtig stehen bereits mehrere Bataillone in Paderborn, die in den Vormittagsstunden noch Verstärkungen erhielten. In zahlreichen Häusern liegen Gewehre und Revolver, die von den Nächstben fortgeworfen worden sind. Es ist deshalb sehr schwer, Gefangene zu machen, da die Kämpfer von achtern heute mit feindliche Bürger umhergehen und sich aus Paderborn entfernen können, ohne daß es möglich ist, jeden einzelnen festzuhalten. Nach den jetzt vorliegenden Meldungen wurden bei der Erklärung des Volkstretinchehauses erbeutet 7 Feldgeschütze, 130 Maschinengewehre, über 4000 Gewehre, mehrere hundert Revolver, außerdem gemaltete Porzelle an Lebensmitteln, Wolldecken und sonstigen unterirdischen Gegenständen. Die Nachrichten verschiedener Blätter über widerrechtliche Erhebung von Gefangenen im Volkstretinchehauser Berlin bekämpfen sich nicht. Die Gefangenen werden, falls sie nicht der Anordnung des Oberbefehlshabers Folge leisten, mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend betreten wurden, dem ordentlichen Richter zugestöhrt. Im übrigen ist im Volkstretinchehauser, wie wir zuverlässig erfahren, nur eine geringe Anzahl handwärtiger Erhebungen vorgekommen. Gestern mittag wurde von Truppen der Gardebataillone 1. Division am Frankfurter Tor ein demontierter Spzialist festgenommen, in dessen Besitz für 800 000 A geraubte Nummern gefunden wurden. Er wurde sofort handwärtig erschossen.

Die Größe des deutschen Heeres. Der oberste Kriegsrat, der die Größe des deutschen Heeres festlegt, bestimmte endgültig die Zahl der Geschütze, Maschinengewehre und Gewehre, die Deutschland behalten darf, und beschloß, daß Deutschland keine Tanks und keine Kriegsschiffe haben darf. Es darf nur 15 000 Matrosen zurückbehalten und nur wenige Flugzeuge besitzen. Die Vorräte an Material und Munition, die die letzte gefechte Menge überschreiten, müssen vernichtet und dürfen nicht ersetzt werden. Der Rat beschloß, den kleinen Rädern in der Finanzkommission 6, in der Wirtschaftskommission 7 Vertreter zuzusetzen. Neuer meldet ferner: Der oberste Kriegsrat beschloß Montag seinen Beschloß vom Sonnabend, monoch das deutsche Heer ein freiwilliges sein müsse. Man lehte die Stärke dieses Heeres auf nur 100 000 Mann, hat 140 000 Mann, wie ursprünglich geplant war, fest. Die Soldaten müssen sich auf 12 Jahre verpflichten. Ein Pariser Funknachricht meldet: Der oberste Kriegsrat der Allierten hat den Antrag Lord Georges angenommen, demzufolge in ganz Europa die Wehrpflicht aufgehoben wird. Ueberall soll an ihre Stelle das freiwillige System treten.

Das Kohlengesetz vom Haushaltsausschloß angenommen. In der Abhandlung des Haushaltsausschloßes am Montag wurde der 1. des Kohlengesetzes, der festlegt, daß als Kohle im Sinne dieses Gesetzes Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks gelten soll, angenommen. Alle ein Regierungsvertreter ausföhrt, soll vorerst nicht in Betracht kommen, da er als Energiequelle angesehen wird. 2 wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen, ebenso 3 und 4. Bei der Gesamtstimmabstimmung über das gesamte Gesetz wurde dieses gegen 6 Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Die neuen Steuerentwürfe. Die „Voss. Stg.“ meldet: Der Reichsfinanzminister Schiffer ist gegenwärtig mit der Vorbereitung und Ausarbeitung der neuen Steuerentwürfe beschäftigt, die der Haushaltsvermittlung in den nächsten Wochen vorgelegt und von ihr noch vor der Oberpaße mitbekommen in erster Lesung beraten werden sollen. Das umfangreiche Steuerentwurf wird neben einer Vermögenssteuer u. a. eine Tabak- und Zündholsteuer enthalten.

Verliches und Sächsisches.

Mela, den 12. März 1919.
Lebensmittelverteilung. Vom 14. d. M. ab kommen laut Bekanntmachung in vorliegender Nummer auf Abschnitt 64 der grünen und roten Rationalkarte I Weizenbrot, auf Abschnitt 64 der grünen und gelben Rationalkarte II Suppe, sowie auf Abschnitt 59 der gelben Rationalkarte III Rühnwurst zur Verteilung.
Die Wirtschaftsprüfungskommission des Reichsgerichts in teils den zahlungsverweigernden Firmen des Landbezirks mit, daß sie jetzt geltenden Rationalkarten nur mit 80 Prozent beliefern werden. Für die Monate März und April können die Händler voranschicklich überhaupt keine Bezugshelme erhalten, da noch zu viele Rückstände auf Oktober- und Novemberhelme vorliegen.
Die „Künstlerische Schaubühne“ des Künstlerbundes beendete ihr dieses Wochenspieler gestern abend mit der Aufführung des dreiatigen Lustspiels „Die große Leidenschaft“ von Raoul Kernheimer. Die Idee des Stückes, die Geschichte der unheimlichen platanen Frau, die von ihrem unromantischen Ehegemahl von einer abirrenden Schwärmerin mit Erfolg geheilt wird, finden wir schon in dem um die 80er Jahre entworfenen Lustspiel „Copelonne“ von Sardou. Kernheimer mußte auch die Wahrheit des Wortes erfahren, daß „Kernheimer oft schwer ist“. Unerwartet hat der Françoise Sardou seine dramatische Aufgabe weit geistvoller und geschickter gelöst als Kernheimer es vermocht hat, dessen Stück völlig bedeutungslos ist. Wenn es trotzdem in den Spielplan der Schaubühne übernommen worden ist, so mag dies einmal seinen Grund vielleicht darin

haben, daß es sich bei der wackeligen auftretenden Personen für Goliath-Goliathes sich besonders eignet, und zum anderen, daß die Rolle der Sophie wie eigens für Françoise Kernheimer geschrieben erscheint. Die Künstlerin spielte die abenteuerliche, romantischste Frau, die ihren Gatten nicht mehr liebt, eben weil er ihr Gatte ist, und weil sie eine große Leidenschaft braucht, mit der sie in so hohem Maße eigenen Charms und reissenden Willenskräfte. Maximus Kern hat in der Charakterisierung des Gatten, der das Vertrauen in die Weisheit seiner Frau nicht verliert, ihr vielmehr als richtiger Kaufmann den moralischen Kredit verdoppelt und sie so vor dem stillen Konkurs behütet, ein Stück außerer sympathischer Menschenschilderung. Auch Max Jählig brachte als Volkstretmaler Adrian den Bedermann, wie auch zum Schluß den ehrlich Verliebten vorzüglich zur Geltung. Anna Tetzendorn als Beate läßt ihre einfachere Aufgabe in beiterer Darstellung, und gut am Blase war Robert Zimmermann als Brenner und Charlotte Friedrich als Emilie. Anerkannt sei, daß die Darstellung vorzüglich sein und geschlossenen Untertönen traf. Für wirkungsvolle äußere Eindrücke war durch die Bühneneinrichtung und geschmackvolle Toiletten gesorgt. Das wieder nur zur Hälfte besetzte Haus spendete lebhaften Beifall.

Zu der Weigerung der unabhängigen Sozialdemokraten, in die Regierung des Reichs einzutreten, schreibt die „Dresdner Volkszeitung“: Nicht umsonst haben die sächsischen „Unabhängigen“ die Entscheidung über ihren Eintritt in die Regierung bis nach ihrem Parteitag verschoben. Es trat klar zutage, daß es auch in der „unabhängigen“ Kammerfraktion zwei Strömungen gab. Die einen würden unter allen Umständen gern mit in die Regierung sein, und sie suchten wohl innerlich ihren „gottgewollten Abhängigkeiten“, die ihnen den Weg zum Ziele sperren. Die anderen aber, und die geben den Ausschlag, gehalten es nicht. Denn sie sind nicht vom Heilse des Sozialismus. Sie gehören der Richtung an, die auf dem Parteitage der Unabhängigen gestiftet hat, die, wie die „Chemnitzer Volksstimme“ treffend schreibt, ihr Geld jetzt offen auf die Karte des Sozialismus setzt. Das Schreiben der „Unabhängigen“, nach ihrem Parteitag verschickt, bekämpft, daß auf dem Parteitage die Richtung Gaule-Kautsky-Dilfording eine ebenso entscheidende Niederlage erlitten hat wie in Sachsen die Richtung Plüsch, die mit der Unterzeichnung des oben abgedruckten Schreibens die Unterfertigung unter das eigene politische Todesurteil gesetzt hat. Die Arbeiter, die die Handhabe für den Entschloß der „Unabhängigen“ abgeben müssen, werden auch von uns als Organ für die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der arbeitenden Klassen anerkannt. Sie werden aber aus dem freien Wahlrecht hervorgegangenen Volkstretsetzung und in Konkurrenz mit ihr als politischen Modifikator einsehen, heißt die Schloßen der Anarchie öffnen und in dem hervorbrechenden Strudel alle Hoffnungen auf den Wiederaufbau der Volkstretinchehauser zugrundegehen lassen. Die Ablegung des ausföhrenden Verantwortlichkeitsgefühl der Sozialdemokratie hervorgerangenen Angebots, die Weigerung der Unabhängigen, die Regierung mit zu übernehmen, zeigt einen größeren Ernst der Lage, als mancher glauben dürfte. Die Arbeiterschaft mag auf dem Wachen sein!

Das Ende des bestehenden Heeres in Sachsen. Volksstimme, Landesdienst schreibt: Vielfachen Anfragen entgegenkommend, teilten wir hierdurch nachschloß mit, daß das Ministerium für Militärwesen bereits vor einiger Zeit verfügt hat, daß die Reste des alten Heeres bis zum 15. März abgebaut, d. h. entlassen werden. Bis zum 1. April wird auch der Jahrgang 1898 entlassen, sodas über diesen Zeitpunkt hinaus nur noch freiwilligen-Formationen bestehen, die als Sicherheitskräfte und Grenzschutz die ursprünglichen Interessen des Vaterlandes zu wahren haben. Auch die immer wiederkehrenden Anfragen über die fernere Tätigkeit der Soldatenräte können wir auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen genau beantworten. In der Verordnung des Ministeriums für Militärwesen vom 5. Februar 1919, die im Einvernehmen mit den Vertretern der Soldatenräte des 12. und 19. Armeekorps entlassen worden ist, ist verfügt worden, daß überall da, wo die Formationen aufgelöst werden, sich auch die Soldatenräte auflösen. Da, wo Soldatenräte über den 1. April hinaus in Funktion bleiben, tun sie dies auf eigene Rechnung und Gefahr, ohne Legitimation und ohne Auftragsgeber, denn die Intendantur stellt am 1. April befehlsgemäß die Zahlung der Gehaltsrückstände ein. Wer nach dem 1. April bestimmte militärische Dienststellen zu verwalten hat, bestimmt laut obiger Verfügung vom 5. Februar das Ministerium für Militärwesen, das, wie wir hören, noch besondere Verordnungen darüber in diesen Tagen erlassen wird.

Die Ernährungschwierigkeiten, die eine verliche Entspannung in den nächsten Monaten kaum erwarten werden, im Gegenteil namentlich wegen der unzureichenden Kartoffelvorräte voranschicklich in den Monaten Mai und Juni am größten werden, lassen sorgfältiges Haushalten mit allen Vorräten für jedermann dringend geboten sein. Es empfiehlt sich insbesondere, die Kartoffelvorräte, wo es geht, zu sparen und zu trocken, was durch Gemäße, besonders durch Sauerkraut, recht gut geschehen kann.

Streika. Die Gefängnisleibhülle nehmen hier kein Ende. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde der Hühnerhof des Herrn Baumeister Sümmerer erschrocken. Obgleich die Diebe geföhrt wurden, haben sie doch 5 Hühner, 2 Hähne und 2 Gänse mit fortgenommen. Sie hatten sich durch Demolieren der Hölpen Eingang in den Stall verschafft.
A. u. E. In den nächsten Tagen trifft hier ein Kommando von fünf Hülfsgendarmen ein, dem besonders die Bekämpfung des Schleichhandels und die Schaffung größerer Sicherheit gegen die zunehmenden Diebstähle von Lebensmitteln obliegt.

Widau. Gehen früh sind sämtliche Besesshaften im Kohlengebiet Delbitz-Dugau in den Streik getreten, im ganzen 14 000 Mann, um auf die Verhandlungen, die zur Zeit mit dem Wirtschaftsminister Schwarz aus Dresden in Widau stattfinden, einen Druck auszuüben. Aus unverbürgter Quelle wird den „Widauer Neuesten Nachrichten“ weiter gemeldet, daß mehrere hundert Mann Streikender in Anmach auf Widau sind, um ihren Forderungen hier Nachdruck zu verleihen.

Flauen i. B. Die Lage ist jetzt hier als gesichert anzupreisen. Post- und Eisenbahnverkehr sind in vollem Gange. In dem vorwiegend mit Wehrheitssozialisten besetzten Arbeiterrat sind die Unabhängigen als Berater ohne Stimmen zugelassen worden. Auch die Kommunisten haben sich mit der Regelung einverstanden erklärt.

Goldb. Hier sind drei Personen, der Fabrikarbeiter Paul Edelmann, dessen Schwägerin Fritz Ludwig und der Scharwerkmaurer Joseph Jehnert, wegen Diebstahls in Haft genommen worden. In den Wohnungen von J. und E. wurde ein großes Warenlager und Speisevorräte verschwiebener Art, wie es die meisten, in Goldb. und dessen näherer und weiterer Umgebung seit längerer Zeit vorgekommenen Einbrüche mit Bestimmtheit schliefen lassen, vorgefunden. Jedenfalls haben die Genannten bisher ein herrliches Leben geföhrt und vermutlich außerdem noch einen schmerzhaften Säckelhandel betrieben.

Veipzig. In der Wohnung eines Agenten in der Bräckerstraße erschienen vier Zivilpersonen, die sich mit einem offenbar gefälligen Ausweise des R. und S. Rates legitimierten und vorgaben, Lebensmittel und Zigarettenschnaps nachzugeben zu müssen. Nachdem sie sich nach einer ergebnislosen Durchsuchung der Wohnung wieder entfernt hatten, stellte sich heraus, daß sie 3000 A bares Geld aus dem Schreibstanz gehoben hatten.